

Sächsische Dorfzeitung

Bezugsbedingungen:

Die "Dorfzeitung" erscheint jeden Woehntag um 11 Uhr mit dem Datum des folgenden Tages. Die Bezugsgebühr beträgt 1.80 Mark vierjährlich oder 60 Pf. für jeden Monat. Die "Dorfzeitung" ist zu bezahlen durch die kaiserlichen Postanstalten, die Landesfürstl. und durch andere Boten. Bei freier Lieferung ins Haus erhält sie den noch die Aufstellungsgebühr von 35 Pf.

Telegramm-Adr.: Dorfzeitung Dresden.

Anzeiger für Stadt und Land

mit der Beilage: "Illustriertes Sonntags-Blatt"

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaften Dresden-Alstadt und Dresden-Neustadt, für das Kgl. Amtsgericht Dresden, die Kgl. Forstrentämter Dresden, Moritzburg, Tharandt und die Gemeinde Oberlößnitz

Anzeigen-Preise:

Die einseitige Seite 15 Pf., unter "Englands" 40 Pf. Anzeigen-Ausgabe erfolgt bis mittags 12 Uhr. — Annahmetelle: Kgl. Hofapotheke, Neuer Markt Nr. 4, Darmstadt; Neuer Markt & Döbler, Kgl. Wollz. G. C. Dahl & Co. in Leipzig; Frankfurt a. M.; G. H. Mohr in Krefeld; Hugo Müller in Königswinter, Otto Districh in Heidelberg, Hugo Grün in Grimma-Neustadt, Emil Hellau in Seifertshausen, Otto Kunath in Görlitz, Heinrich Wolke in Marienberg, Otto Kunath in Görlitz, Max Seurich in Görlitz.

Telephon: Dresden, Nr. 3916.

Nr. 28.

Dresden, Freitag, den 3. Februar 1905.

67. Jahrgang.

Das Reneste.

Heute findet in Darmstadt die Vermählung des Großherzogs Ernst Ludwig von Hessen mit der Prinzessin Eleonore von Solms-Hohensolms-Lich statt.

Das preußische Abgeordnetenhaus tritt heute in die zweite Sitzung der Kanalvorlage ein.

Als Nachfolger Tiszas wurde durch diesen selbst Graf Julius Andrássy dem Kaiser benannt; auch Kossuth empfiehlt sich.

Der Zar hat 33 von Trepow ausgeführte Arbeiter empfangen, die Ereignisse belagt, Verzeihung für die Freveltat und Reformen versprochen.

Dem Generalgouverneur Trepow sind sämtliche Organe des Innernministeriums in ganz Russland sowie des kaiserlichen Hofes in Barskoje Selo, Peterhof und Gatschina unterstellt worden.

Der Kaiser von Japan hat der Armee Dyamas für die in den letzten Gefechten am Hun-Fluß bewiesene Tapferkeit seinen Dank abgestattet.

Japanische Meldungen wollen wissen, die russischen Verluste in den letzten Kämpfen beliefen sich auf 36—42,000 Mann, die japanischen werden auf nur 7000 Mann geschätzt.

Graf Bülow über die Handelsverträge.

Im Reichstage erhielt in der Sitzung am gestrigen Mittwoch Reichskanzler Graf Bülow vor Eintritt in die Tagessordnung das Wort zur Einbringung der Handelsverträge. Graf Bülow führte etwa folgendes aus:

Meine Herren! Ich habe die Ehre dem Hohen Hause die mit sieben Staaten geschlossenen Handelsverträge samt den dazu gehörigen Deckschriften zu überreichen. Ich hoffe, daß die Verträge die Billigung des Hauses finden und daß Sie damit ein Werk vollenden, das für die finanzielle, wirtschaftliche und politische Entwicklung von der größten Bedeutung sein wird. Der Reichskanzler gibt sodann ein Bild von der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands; wie Deutschland unter der Überproduktion zu erstickt drohte, wie durch Abschluß neuer Handelsverträge zu Anfang der 90er Jahre diese Krise überwunden wurde. Dann ging die Entwicklung aufwärts bis etwa 1900. Dann begann ein Rückgang, der uns nötigte, auf Hilfe zu sinnen. Deutschland ist nicht ausschließlich Industriestaat (Beispiel rechts), obwohl 54 Prozent der Bevölkerung in den Städten wohnen, sondern gleichermassen Agrar- und Industriestaat. Diese Überzeugung gab uns die Rücksicht für die Gestaltung neuer Handelsverträge, bei denen die Landwirtschaft als gleichwertiger Faktor behandelt werden muß. (Lebhafte Beifall rechts.) Wir knüpfen damit direkt an die Traditionen Bismarcks, der in einem Brief vom 20. August 1878 an den Abgeordneten v. Barnbüler die Revision des Zolltariffs als Vorbedingung für den Abschluß guter Handelsverträge bezeichnete. Bei den letzten beiden Verträgen ist die Landwirtschaft zu kurz gekommen. (Stürmischer Beifall rechts.) Sie hat unter den mangelnden Rücksichtnahme sehr gelitten. (Stürmischer Beifall rechts.) Wir haben deshalb

der Landwirtschaft verstärkten Zollschutz verschafft (Beifall). Die Getreidezölle mußten aber auch auf die Konsumenten Rücksicht nehmen und durften nicht eine Höhe überschreiten, die den Abschluß eines Vertrages unmöglich machen. Ich verrate keine diplomatischen Geheimnisse, wenn ich sage, daß die Durchbringung der Getreidezölle einen schweren Kampf mit Russland und Österreich-Ungarn kostet hat. Mehr konnten wir nicht erreichen. Es ist falsch, anzunehmen, daß die Lebenshaltung der Arbeiter durch die Getreidezölle in unerträglicher Weise belastet wird. (Sehr richtig! Heftiger Widerspruch links.) Der niedere Bürgerstand, der Handwerkerstand, der Arbeiterstand haben sich, wie die Statistik erweist, bedeutend gehoben (Widerspruch links), und zwar ist das geschehen trotz des Übergangs vom Freihandel zum Schuhzoll, trotz der Erhöhung der Getreidezölle. (Sehr richtig! rechts. Värm links.) In Frankreich hat man die Herabsetzung der Getreidezölle vor kurzem mit großer Mehrheit,

unter der sich auch die französischen Sozialisten befanden, abgelehnt. Sie überlohn die Kämpf gegen die Getreidezölle ihren mehr dogmatisch veranlagten deutschen Genossen. (Große Heiterkeit.) Nun hat man gefragt, ich hätte, um die Verträge abzuschließen, den anderen Staaten große Zugeständnisse auf politischem Gebiet gemacht. Das ist nicht der Fall. Auch in dem Veterinär-Vertrage sind wir nicht zurückgewichen, wir haben sogar von Österreich-Ungarn einen verstärkten Seuchenschutz erreicht. Wir sind jetzt nicht mehr in der Lage, den Brunnen erst zuzubedden, wenn das Kind hineingefallen ist, sondern können vorbeugungsmaßregeln treffen. Was das wert, dafür berufe ich mich auf meinen Freund, den Landwirtschaftsminister. (Stürmische Heiterkeit, als Graf Bülow mit der Hand auf Herrn Bodbielski zeigt.) Auch der Pferdezoll ist besser gefaßt; das ist von großer Bedeutung für unsere Pferdezucht und damit auch für unsere Landesverteidigung. Wir haben auf landwirtschaftlichem Gebiet auch Zugeständnisse machen müssen. Handelsverträge mit einseitigen Vorteilen ohne Nachteile abzuschließen, diese Kunst ist noch nicht erstanden. Wir haben Kompenstationen nur gewährt bei Artikeln, die nicht die große Landwirtschaft schädigen. Die Verträge sind also landwirtschaftlich freundlich und bringen der Gesamtheit der Landwirtschaft große Vorteile. Wir haben aber auch

das Interesse der Industrie nicht vernachlässigt.

Einige Staaten, namentlich Russland, hatten vorher ihre Zölle stark erhöht. Es will seine Industrie stärken. Das ist die Folge unserer Zollpolitik, die schon Bismarck seinerzeit vorgesehen hat. Er hat seinerzeit dem Herrn von Giers gesagt: "Unseren Agrargöllen werden Sie eine russische Industrie zu verdanken haben." Es war vorauszusehen, daß Russland nicht geneigt sein würde, seine Zölle hinabzusetzen. Trotzdem haben wir Erfolge erreicht. (Widerspruch links.) Jawohl, meine Herren, der Abschluß langfristiger Handelsverträge kommt unter allen Umständen dem Handel und der Industrie zugute. Es ist die Basis geschaffen, welche für unsere Industrie zur Lebensbedingung geworden ist. Wenn sich auch eine Erhöhung industrieller Zölle nicht hat vermeiden lassen, wird man der Regierung keinen Mangel an Interesse für die Industrie vorwerfen können. Wir haben auch manches erreicht: Gleichstellung der jüdischen Handelsreisenden, Erleichterung des Erwerbs von Grundstücken usw. (Lachen links.) Ich möchte sie warnen, von Prohibitionsgöllen zu sprechen (Gelächter links), wenn einzelne Zölle auch diese Wirkung haben werden. (Hört, hört! links, Bewegung.) Der Reichskanzler zählt nunmehr eine ganze Zahl einzelner Positionen auf, bei denen zum Teil eine Erhöhung, teils eine Entlastung eingetreten ist. Die Ansicht, daß man durch einen Zollkrieg zu neuen Verträgen kommen kann, kommt mir vor, als wenn jemand auf die Kuppel des Reichstages oder den Rathaussturm am Bismarckstrasse in die Höhe klettern will. (Große Heiterkeit.) Die Verträge können nur im ganzen angenommen, nicht abgeändert werden. Die Verträge bringen der Landwirtschaft den nötigen Zollschutz, geben der Industrie gesicherte Verhältnisse und befreien das Land von der Unsicherheit, unter der es schwer gelitten hat. Wir hoffen, daß das Haus den Verträgen zustimmen wird aus Gründen der inneren und äußeren Wohlfahrt, zum Wohl unserer gesamten nationalen Arbeit. (Lebhafte Beifall rechts und im Hintergrund.)

Politische Weltchronik.

Deutsches Reich. Der Kaiser besuchte gestern früh das Museum für Völkerkunde und hörte im königlichen Schloss die Vorträge des Oberstümmerers Fürsten Solms-Baruth und des Chefs des Zivilkabinett Wiell. Geh. Rats Dr. v. Lucanus. Zur Frühstückstafel waren geladen Generalsdirektor Wallin und Kapitän g. S. a. D. v. Grumme. — Über seine Reisen soll sich der Kaiser selbst geäußert haben: "Manche Leute machen mir einen Vorwurf daraus, daß ich so viel reise; aber das ist ein Teil meines Amtes. Ich suche, mein Reich und mein Volk kennen zu lernen; zu sehen, was nötigt und was geschieht. Ebenso ist es meine Pflicht, Menschen und Länder außerhalb meines Reiches kennen zu lernen.

Ich bin nicht wie" — dabei nannte er den Namen eines in der Geschichte wohlbekannten Herrschers — „der niemals aus seinem Palast sich herandrückte“, wenn er hätte helfen können, und Menschen und Dinge so gehen ließ, wie es ihnen gefiel.“

In Darmstadt wurde heute die Ehe des Großherzogs von Hessen mit der Prinzessin von Sachsen geschlossen. Das durch den Prinzen Heinrich überreichte Hochzeitsgeschenk des Kaisers besteht aus einer im Rokoko-Stil gehaltenen prachtvollen Standuhr.

Der Besuch des Fürsten Ferdinand von Bulgarien, der infolge der Erkrankung des Prinzen Friedrich aufgeschoben wurde, dürfte nun binnen kurzem erfolgen.

Der Prinz von Asturien, welcher als Spezialgesandter des Königs von Spanien an das Kaiserliche Hoflager in Berlin seine Reise in München unterbrochen hat, erhielt Dienstag auf Befehl des Kaisers die telegraphische Mitteilung, daß der Monarch hoffe, die tgl. spanischen Gesandten Ende dieser Woche empfangen zu können.

Über die finanzielle Wirkung der neuen Handelsverträge schreibt die "D. Volksk. Korresp.": Die Reichsfinanzen dürfen schon im kommenden Finanzjahr eine wesentliche Besserung durch eine starke Steigerung der Zolleinnahmen erfahren. Zwar werden die neuen Handelsverträge erst am 15. Februar 1906 in Kraft treten, aber ihren Einfluß auf die Zolleinnahmen werden sie zweifellos schon lange vorher ausüben. Denn angefischt der Zollerhöhungen, die sie bringen werden, ist vor dem Zeitpunkte ihres Inkrafttretens eine starke Zunahme der zollpflichtigen Einfuhr mit Sicherheit zu erwarten. Erhöhen sich doch z. B. die Zollsätze für Weizen von 35 auf 55 M., für Roggen von 35 auf 50 M., für Hafer von 28 auf 50 M., für Maisgerste von 20 auf 40 M., für Mais von 36 auf 57,50 M., ferner für Bier, Fleisch, Mehl, Holz usw. Der Erlös eines Exportgesetzes, wodurch die erhöhten Zollsätze plötzlich zu einem früheren, vorher nicht bekannt gegebenen Termin in Kraft gesetzt werden könnten, ist natürlich ausgeschlossen; denn bis zu dem Tage, an dem die neuen Verträge in Geltung treten, bleiben ja die alten Verträge und also auch die alten Vertragszollsätze in Kraft. Also wird man es dem Handel in keiner Weise verwehren können, daß er die alten, für ihn günstigeren Sätze vorher noch in möglichst weitem Umfang auszunutzen sucht. Das wird, wie bemerkt, der Reichskasse schon vor der Zeit erhöhte Einnahmen zuführen. Nach dem Inkrafttreten der neuen Verträge wird dann allerdings eine Zeitspanne die Einfuhr und somit auch der Zollertrag um so geringer sein.

Dem Reichstag hat der Deutsche Landwirtschaftsrat eine Eingabe unterbreitet, in der darum ersucht wird, in den Etat des Reichsamts des Innern 1905 eine Summe von 50,000 Mark zum Zwecke der technischen Förderung von Land- und Forstwirtschaft durch wissenschaftliche und praktische Versuche auf dem Gebiete der Düngung, des Anbaues und der Fütterung mit Hilfe der landwirtschaftlichen Versuchsstationen einzusetzen zu wollen. Die Petition wird sicherlich bei der Beratung des Etats des Reichsamts des Innern zur Sprache kommen. Man wird annehmen dürfen, daß die Regierung, die doch mit ihr vorher befaßt gewesen sein wird, sie abgelehnt hat. Früher gab es im Reichstag Positionen, die unmittelbar auf die Förderung der einzelnen Gewerbebranchen abzielten, nicht. Die Lösung dieser Kulturaufgabe wurde den Einzelstaaten überlassen. Vor einigen Jahren wurde in den Etat des Reichsamts des Innern eine Summe eingestellt, die zu Aufwendungen im allgemeinen Interesse des deutschen Handels und Gewerbes dienen soll. Ihr folgte bald eine Position, welche die Förderung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse und die Unterstützung wissenschaftlicher, technischer usw. Bestrebungen auf dem Gebiete der Landwirtschaft zum Zwecke hatte. Es würde sich also bei der Eingabe des Deutschen Landwirtschaftsrats um eine Erhöhung der letzteren Position handeln.

Zum Stande des Bergarbeiterstreiks im Ruhrreviere liegt folgende Meldung vor: In den 18 Bergwerksrevieren des Oberbergamtbezirks Dortmund fuhren gestern an von einer Gesamtbelegschaft von 245,957 Mann der streikenden Beiden unter und über Tage 52,099; mithin fehlten 193,868 Mann gegen